

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Christian Lindner

Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor am 29. Mai 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Lieber Wolfgang Gerhardt, verehrte Damen, meine Herren,

heute auf den Tag genau vor 100 Jahren wurde J. F. Kennedy geboren. „Ich bin ein Berliner“ – wer diesen Satz hört, hat sofort Bilder vor Augen. Seine Rede vor dem Rathaus Schöneberg ist bis heute ein bedeutendes Dokument westlicher Werte und der transatlantischen Partnerschaft – und gerade in diesen Tagen sollten wir uns daran erinnern. Aus aktueller Irritation darf keine dauerhafte Entfremdung werden. Die USA sind nicht Donald Trump und es verbindet uns mehr mit den Vereinigten Staaten, als eine einzige Präsidentschaft gefährden könnte.

Selbstverständlich ist sie jedoch ein Anlass, dass Europa nun zu neuer Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit findet, seine eigenen strukturellen Reformen angeht und sich den Aufgaben widmet, die zu lange liegen gelassen worden sind: von der Vertiefung des Binnenmarktes über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bis zum Schutz der Außengrenzen und grenzüberschreitender Kriminalitätsbekämpfung. Doch diese Stärkung Europas kann kein Gegenmodell zur transatlantischen Partnerschaft sein. Diese Stärkung Europas wäre auch notwendig, wenn wir uns weiter in gleicher Weise mit den Vereinigten Staaten unserer gemeinsamen Werte auch unter einem Präsidenten Trump sicher sein könnten. Deshalb wundere ich mich aktuell über manche Wortmeldung aus der deutschen Politik und aus dem Deutschen Bundestag – gerade heute, wenn man die Berichterstattung liest. Manche Formulierung hat doch wirklich jedes Maß verloren, wenn man sich erinnert, wie in den vergangenen Monaten oder eben nicht in den vergangenen Monaten über die Politik von Herrn Erdogan und Herrn Trump gesprochen worden ist. Dialog ist jedenfalls notwendig mit den Vereinigten Staaten. Dialog heißt, Unterschiede zu benennen, aber eben auch, weiter miteinander im

Gespräch zu bleiben. Mir gefällt nicht, dass jetzt schon von den G6 gesprochen wird. Wiederholen wir nicht einen Fehler – nämlich den, Russland aus den G8 auszuladen? Der Dialog muss gerade dann, wenn es große Meinungsunterschiede gibt, besonders intensiv fortgesetzt werden.

Kennedys Rede hat gezeigt, dass die Idee der Freiheit in dieser Stadt eine besondere Heimat hat und deshalb ist es auch kein Zufall, lieber Wolfgang Gerhardt, dass seit 2007 die Reden zur Freiheit hier in Berlin auch in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor gehalten werden. Der Liberalismus ist keine Religion, sondern eine Einladung zur Reflexion. Wir haben Ideen, aber keine Ideologie. Wir haben ein Gewissen, aber wir verfügen nicht über letzte Gewissheiten und wir sind der Freiheit des Einzelnen verpflichtet und nicht einzelnen Denkern der Freiheit. Und deshalb heißt Liberalismus für uns, immer wieder neu zu denken, Selbstkritik zu üben und diese Selbstbeschränkung lässt Liberale bescheiden sein. Auf der anderen Seite erwächst aus dieser Selbstbeschränkung auch Kraft. Denn wer nicht im Besitz letzter Erkenntnis ist, wer keinen Endzustand oder eine Erlösung anstrebt, der kann sich darauf konzentrieren, was tatsächlich möglich ist.

Zehn große Persönlichkeiten haben vor mir hier gesprochen. Wer könnte eine Einladung, eine Rede zur Freiheit zu halten, dann ausschlagen? Wolfgang Gerhardt rief bei mir an. Ich habe zugestimmt – und dann kam das Briefing. Der erste Teil des Briefings war: „Sie dürfen über alles sprechen, nur nicht über 45 Minuten...“. Also dachte ich, sage ich einmal, dass die größte Gefahr für unsere Freiheit der grassierende Bürokratismus ist. Spreche ich doch hier einmal darüber, dass die Große Koalition bereits unseren Wohlstand verteilt, bevor er überhaupt erwirtschaftet ist. Warne ich vor symbolischer Gesetzgebung, die unsere Freiheit und Privatheit einschränkt, obwohl die wirkliche Gefahr ein Rechtsstaat ist, dessen Polizei und Justiz nicht mehr handlungsfähig sind. Und dann hat Wolfgang Gerhardt gesagt, ich sollte bitte keine Wahlkampfrede halten.“ Jetzt mache ich seit dreieinhalb Jahren nichts anderes, als Kampagnenreden zu halten. Seit dreieinhalb Jahren gebe ich mich der sportiven Freude hin, auf Marktplätzen, in umgebauten Scheunen, die heute als Nebenzimmer von Gaststätten dienen, im Landtag und auf Parteitag solche Reden zu halten. Aber heute ist von mir ein Genrewechsel gefordert worden, also eine Grundierung liberaler Politik zu geben. Ich muss sagen, es mischt sich der

Dank für eine solche Gelegenheit mit der Erkenntnis, dass es sich um eine erzieherische Maßnahme handeln könnte.

Mein Ausgangspunkt ist ein biografischer. Wir haben beim Prozess, die FDP zu erneuern, den Weg vom „Wie“ zum „Warum“ zurückgelegt. Die Frage hieß nicht, wie kommen wir zurück in den Deutschen Bundestag, sondern warum wollen wir zurück in den Deutschen Bundestag? Und jeder Einzelne von uns hat sich diese Frage nach dem warum auch gestellt. Warum bist Du eigentlich Freier Demokrat und nicht Christ- oder Sozialdemokrat oder bei den Grünen? So geht man zurück an die Quellen der eigenen Grundüberzeugung. Bei mir war es die Zeit als Jugendlicher, als Schüler – als ich das Ziel hatte, zum 18. Geburtstag eine eigene Wohnung und ein eigenes Auto zu haben und für beides niemandem Dank schulden zu müssen. Also musste ich ein Gewerbe anmelden, um Geld zu verdienen.

Das war mein Lebensgefühl: der Wunsch nach Selbstbestimmung, die Freude, auch an den Ergebnissen der eigenen Schaffenskraft, die Lust auf persönlichen Fortschritt. Es war für mich dieses Lebensgefühl der Freiheit, das mich gelenkt hat – auch zu den Freien Demokraten. Und das auch den besonderen Esprit dieser Partei ausmacht. Ich erzähle dies hier heute bei dieser Gelegenheit allerdings nicht, um einen Heldenepos zu stiften, sondern weil ich mir bewusst darüber bin, dass mein Lebensgefühl, dem ich gefolgt bin, Voraussetzungen hatte, die außerhalb meiner Entscheidungen lagen. Selbstbestimmung hatte Bildung und Erziehung als Voraussetzung. Meine Risikobereitschaft war natürlich gestützt durch die Solidarität meiner Familie, im Falle eines Falles eine helfende Hand zu reichen. Auf meine ungewöhnlichen Projekte und Spleens haben meine Freunde mit Toleranz geantwortet und der wirtschaftliche Erfolg war nur in einer Ordnung denkbar, in der auch der Außenseiter und Newcomer eine Chance erhält. Die Freiheit als Lebensgefühl, von der ich spreche, das ist nicht das Lebensmodell eines Robinson Crusoe, sondern die Freiheit, von der ich spreche, hat in einer modernen Gesellschaft Voraussetzungen kultureller und gesellschaftlicher Art, die über den einzelnen Menschen hinausgehen und deshalb geht es mir hier heute in meiner Rede zur Freiheit um diese Bedingungen und um den Kontext freiheitlicher Lebensentwürfe. Und von meinem biografischen Ausgangspunkt will ich drei gedankliche Wege mit Ihnen abschreiten.

1. Weg

Zum Vokabular der politischen Linken gehört das Wort von den „kleinen Leuten“. Über kleine Leute wird auch jetzt im beginnenden Bundestagswahlkampf wieder gesprochen. Man müsse sich um die „kleinen Leute“ kümmern, etwas für die „kleinen Leute“ tun. Wegen des Datums vor 100 Jahren muss ich an meine Lieblingsanekdote von J. F. Kennedy denken: Kennedy besuchte den Spaceport von Cape Canaveral. Mit einer großen Delegation von Astronauten, Spitzenbeamten, Wissenschaftlern und Politikern ging er durch die Anlagen. Diese Delegation kam irgendwann an einen riesigen Hangar, vielleicht genauso hoch oder noch höher als das Allianzforum hier. Und der Hangar war leer mit einem spiegelglatten Boden. In der Mitte des Hangars war ein einzelner Mann damit beschäftigt, den Boden zu bohren. Der Präsident löste sich von seiner Delegation, ging zu diesem Mann und fragte: „Was tun sie hier?“ Die Antwort dieses Mannes, der den Schrubber zur Seite legte, war: „Mister Präsident, einen Mann auf den Mond bringen“. Und der amerikanische Präsident salutierte. Ihm wäre nicht eingefallen, diesen Menschen als einen „kleinen Mann“ zu bezeichnen, denn wer Menschen in ein gesichtsloses Kollektiv einordnet, wer sie pauschal zu Verlierern macht, der macht sie erst zu „kleinen Leuten“.

Jeder Einzelne hat Respekt für sein Leben und seinen Lebensentwurf verdient, damit mehr Menschen bessere Chancen haben, ihre eigenen guten Lebensgeschichten schreiben zu können. Das ist der Zweck liberaler Politik. Deshalb tun wir, was wir tun. Diese alltäglichen, realen Lebenschancen zu gewährleisten, ist eine umfassende Aufgabe und sie verlangt, dass wir uns Freiheit nicht nur nehmen, sondern sie auch geben und für andere gewährleisten. Auf die Frage, worum es ihm geht, antwortet der Liberale also nicht mit dem Ego. Auf die Frage, worum es ihm geht, antwortet der Liberale – um dich, um dein Recht, deine Chance, im Hier und Jetzt glücklich zu werden, um deine Chance, dein Leben in die Hand zu nehmen, um deine Freiheit, Bindungen einzugehen oder zu lösen.

Ralf Dahrendorf beschrieb das als Melioration der Gesellschaft, als ihre schrittweise Verbesserung. Er schlug schon 1979 vor, den Fortschritt einer Gesellschaft an der Entwicklung von Lebenschancen zu messen, nicht am Bruttosozialprodukt, auch

nicht am Glücks-Index und auch nicht am Grad der Industrialisierung, sondern an den Chancen, Autor seines Lebens zu sein. Diese Idee Dahrendorfs, Fortschritt in Lebenschancen zu messen, ist keine deutsche oder westliche Idee, sondern bemerkenswerterweise ist es eine weltweit inspirierende Vorstellung, denn zeitgleich 1979 schlug der spätere indische Nobelpreisträger und Ökonom Amartya Sen mit seinem Capability Approach etwas Vergleichbares vor. Gerechtigkeit an den realen Chancen, an den konkreten, substantiellen Freiheiten zu messen, die Menschen haben, ein Leben nach eigenen Vorstellungen zu führen. Mithin sich aus den Vorprägungen einer ständischen Gesellschaft lösen zu können, sich auch von ihrer Herkunft und ihrem kulturellen Kontext emanzipieren zu können, um als voll funktionsfähige Individuen die eigenen Biografie zu bestimmen. Was für ein Gedanke vor dem Kontext der indischen Gesellschaft des Jahres 1979. Bemerkenswert ist daran, dass viele Entwicklungsökonominnen und auch linke Denker Freiheit an der Gerechtigkeit messen und das ist bei Sen nun anders. Freiheit wird bei Linken der Gerechtigkeit untergeordnet und dann wird die Freiheit des Einzelnen im Namen der Gerechtigkeit beschränkt. Bei Sen ist es umgekehrt, da nimmt die Gerechtigkeit ihr Maß an der Freiheit, da ist Freiheit der Leitwert, an dem sich entscheidet, was Gerechtigkeit ist. Zielpunkt aller Entwicklung ist die Erweiterung individueller Freiheit.

Zur 4. Berliner Rede war Paul Nolte eingeladen und er hat uns damals, 2010, einen Auftrag gegeben: Er hat uns nämlich aufgefordert, zwischen der großen geschichtlichen Freiheit einerseits zu unterscheiden und andererseits die kleine alltägliche Freiheit stärker in den Blick zu nehmen und Helen Zille, die Premierministerin von Western Cape in Südafrika, nennt diese alltäglichen Freiheiten „Freedoms you can use“. Diese Beschäftigung mit den kleinen Freiheiten, die im Alltag einen Unterschied machen, begründet, warum für uns Bildung ins Zentrum unserer politischen Bemühungen gerückt ist. Denn sie ist die Befähigung zur Freiheit als unverzichtbare, individuelle Ausrüstung und als Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt. Wenn wir uns heute in unserem Land mit mittelmäßiger Bildung zufrieden geben, dann werden wir auch morgen ein mittelmäßiges Leben führen.

Warum sollten wir nicht schaffen können, was unser Land schon einmal vermocht hat? Warum nehmen wir uns nicht das Ziel, bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts

wieder in den Bildungsrankings der Welt zur Spitzengruppe zu gehören? Wenn dieser Tage allenthalben über eine Quote für Rüstungsausgaben im nächsten Jahrzehnt gesprochen wird: So wichtig die Stärkung unserer äußeren Sicherheit ist, warum diskutieren wir nicht mit der gleichen Intensität auch darüber, dass Deutschland bei den Bildungsinvestitionen wieder zur Spitzengruppe der entwickelten Wirtschaftsnationen gehören soll? Technologischer Wandel fordert diese alltäglichen Freiheiten natürlich in besondere Weise heraus. Die Biografien verändern sich auch durch eigenes Zutun, indem der Arbeitsplatz verschwindet, die Branche keine Zukunft hat. Manche antworten darauf mit dem bedingungslosen Grundeinkommen, also mit einer Art Stilllegungsprämie. Das aber kann doch nicht die Antwort auf die Veränderung der Gesellschaft sein, den Einzelnen zu entlasten, seinen Platz im Leben neu zu suchen. Wenn der technologische Wandel so viel verändert und wenn dadurch Bildung ein nicht abgeschlossener Prozess, eine nicht zu Ende gehende Phase des Lebens ist, dann muss auch unser Bildungssystem erweitert werden. Im Grunde brauchen wir ein zweites Bildungssystem nach der ersten Ausbildung mit Öffnung der Schulen, der beruflichen Schulen, der überörtlichen Ausbildungseinrichtungen des Handwerks und der Hochschulen für Menschen, die sich auch nach der Erstausbildung wieder neu qualifizieren wollen; ein zweites Bildungssystem, das die Menschen für den Wandel stark macht. Statt Umverteilung sollten wir dafür sorgen, dass keine Biografie zu einer Sackgasse ohne Entkommen wird. Das stärkt die Akzeptanz des technologischen Fortschritts und macht den Einzelnen zugleich groß.

Die Bereitschaft zur Veränderung hat eine Voraussetzung, nämlich dass der einzelne individuell abgesichert ist. Freiheit und die Bereitschaft, das eigene Leben zu verändern, haben in einer modernen Gesellschaft die Voraussetzung eines entwickelten Sozialstaats. Wer bei jeder Veränderung fürchten muss, wie man bei uns in Nordrhein-Westfalen sagt, „ins Bergfreie zu fallen“, der wird sich doch ängstlich an den Status Quo halten. Die Voraussetzung für individuelle Entwicklung wie für gesellschaftlichen Fortschritt ist durchaus in diesem Sinne ein Sozialstaat, der den Menschen beisteht, bei den großen Lebensrisiken, die sie nicht allein auf sich nehmen können. Dieser Sozialstaat ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Der real existierende Wohlfahrtsstaat ist über diese Funktion inzwischen hinausgewachsen.

Ich bekomme jeden Tag E-Mails von Menschen, die mir schreiben: „Herr Lindner, Frau Nahles will mir helfen. Bitte helfen Sie mir.“ Es gibt ja Menschen für die Freiheit ein anderes Wort für Gesetzeslücke ist und deshalb suchen sie auch fortwährend, die Lücken zu schließen. Die Menschen, die mir schreiben, das sind die IT-Freelancer, die als Selbständige einen Schreibtisch in einem Unternehmen haben, die eingebunden sind in die betrieblichen Abläufe, im Team mitwirken für einige Monate und die danach das Unternehmen verlassen und kein Projekt, keine Beschäftigung, keine Anstellung haben, weil sie sich zwei, drei Monate mit dem nächsten SAP-Zertifikat als Weiterqualifikationsmaßnahme beschäftigen wollen oder weil sie sich den Kindern oder einer Reise widmen wollen – die das jedenfalls nicht als Makel begreifen, sondern als Ausdruck ihrer souveränen, individuellen Lebensführung. Und diese Menschen wollen nicht, dass ihnen geholfen wird. Sie möchten einen Sozialstaat, der sie bei den großen Lebensrisiken nicht im Stich lässt, aber im Alltag in Ruhe.

Es ist ein anderes Modell für eine sozialstaatliche Absicherung, es ist ein anderes Paradigma für Staat überhaupt. Ich leihe mir einen Gedanken von Paul Kirchhoff, der einmal eine grundlegende Unterscheidung getroffen hat zwischen einem freiheitlichen Staat und einem Wohlfahrtsstaat, der am Ende des Tages aus edlen Motiven doch autoritäre Züge hat. Er sprach von einem Wohlfahrtsstaat, den man anlegen kann wie einen Fäustling. Der Fäustling der wärmt die Hand, aber er schränkt eben die Freiheit ein, vier Finger und der Daumen bleiben frei. Und das Paradigma, das wir uns suchen wollen, das ist eher der Fingerhandschuh - der wärmt auch, lässt aber die ganze Hand voll beweglich. Deshalb kommt es darauf an, die Anforderungen nach Selbstbestimmung und Flexibilität neu zu versöhnen mit dem Wunsch nach sozialer Sicherheit. Wer aber nur soziale Sicherheit über den Staat organisieren will, der gibt den Menschen Schablonen vor, in denen sie heute angesichts der neuen Lebensläufe und der neuen Lebensmodelle nicht eingepasst werden wollen.

2. Weg

Meine zweite Bemerkung knüpft an Sie an, lieber Wolfgang Gerhardt. Sie haben ja eine ähnliche Skepsis und Vorhaltungen auch in Ihrer Einführung zum Ausdruck

gebracht. Kritiker werfen dem Liberalismus vor, er sei eigentlich nur eine westliche Entschuldigung für wirtschaftlichen Egoismus. Neoliberalismus ist zu einem Schmähwort geworden, frei von jedem ursprünglichen Inhalt übrigens. Ich will hier nicht den Versuch unternehmen, diesen Begriff zu rehabilitieren. Daran sind größere gescheitert, wie beispielsweise Joachim Gauck bei seiner Rede in Freiburg.

Die Wahrheit ist aber: Liberalität ist die Skepsis gegenüber jeder Form von Machtkonzentration, sei es die ökonomische Macht oder sei es die politische Macht, also der Machtanspruch des Staates. Damit ist Liberalismus mehr als eine Haltungsfrage und mehr als ein Lebensgefühl. Er ist eine Ordnungslehre. Und auch die Forderung nach Steuersenkungen macht aus Donald Trump noch keinen Liberalen. Die ordnungspolitische Aufgabe ist es, dem Einzelnen ökonomische und demokratische Mitwirkungschancen zu sichern. Und diese Aufgabe ist dringlicher und größer denn je aufgrund des technologischen, politischen und gesellschaftlichen Wandels, in dem wir uns befinden.

Nehmen wir allein die Digitalisierung, die machtvolle Spieler hervorgebracht hat: die Googles, Amazons, Facebooks der Welt – Unternehmen, die Respekt verdienen wegen ihrer Innovationskraft, Respekt vor ihrem wirtschaftlichen Erfolg. Aber Liberale müssen Partei ergreifen für die Abweichler und Newcomer. Wenn Unternehmen so machtvoll sind, wenn sie über so viele Daten verfügen, dann sind sie nicht nur ein zivilisatorischer Fortschritt, weil wir alle jeden Tag und gerne diese Dienste in Anspruch nehmen. Da vergrößern sie die Freiheit in dem Sinn, dass es neue Lebenschancen gibt.

Sie sind zugleich eine Gefahr für die Freiheit, weil sie aus kommerziellem Interesse uns unsere Privatheit streitig machen. Sie sind eine Gefahr für die freiheitliche Ordnung, weil jemand, der so mächtig ist, natürlich anderen die Bedingungen des Business diktieren kann.

Wenn der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer in einem offenen Brief sagt, er habe Angst vor Google, weil es sein geistiges Eigentum nutze, neu konfektioniere und damit Geld verdiene, ohne dass er sich dagegen wenden kann, zeigt das eine Deformation unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Weil das Recht auf das eigene

gute Leben für jeden Einzelnen gleichermaßen gilt, darf niemand selbstherrlich über die Chancen anderer herrschen. Deshalb brauchen wir ein neues Wettbewerbs- und Kartellrecht für die digitale Ökonomie. Ich füge hinzu, natürlich auch ein Recht, das Datensouveränität für den Einzelnen gewährleistet, denn Private sind heute vielleicht eher ein Gefährder der Privatheit, ihrer Kunden und Nutzer, als der Staat es ist. Und nicht zuletzt: Wenn die Digitalisierung neue Geschäftsmodelle hervorbringt, dann ist es Aufgabe der Liberalen, für faire Bedingungen zwischen Etablierten und Newcomern zu sorgen, damit nicht die Umgehung von rechtlichen und sozialen Standards den Wettbewerbsvorteil ausmacht.

Gabor Steingart hat in einer damals, wie ich glaube, missverstandenen Rede zur Freiheit über Banken und Staaten gesprochen. Manche haben das als Kritik an der Marktwirtschaft selbst verstanden. Ich habe mir diese Rede deshalb noch einmal angesehen. Wir erleben seit Jahren, dass Banken und Staaten zusammenwachsen. Der Pumpkapitalismus, vor dem Ralf Dahrendorf in seinem letzten Essay vor seinem Tod gewarnt hat, bezeichnet genau das: wenn in geschlossenen Kreisläufen mit geliehenem Geld über Staatsanleihen neues Geld geschöpft und verdient wird. Über diese Mesalliance sind Banken und Staaten verwachsen, weshalb wir an den Kapitalmärkten nicht mehr über eine marktwirtschaftliche Ordnung, sondern über eine, so Steingarts Wort, „Bastardökonomie“ sprechen müssen. Die einzelne Bank ist so wichtig geworden, auch als Finanzier des Staates, vollgepumpt mit den Staatsanleihen ihres Heimatlandes, finanziert durch billiges Notenbankgeld, dass sie im System gehalten werden muss und im Zweifel, so wie jetzt gerade in Italien wieder diskutiert, mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerettet wird. Wenn Banken und Staaten in einer Weise zusammenwachsen, dass der Staat keinen Anreiz hat, die eigene Solidität und Stabilität zu pflegen und andererseits auch schlecht wirtschaftende Banken mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerettet werden müssen und nicht Eigentümer und Gläubiger in Haftung genommen werden, dann ist das tatsächlich nicht soziale Marktwirtschaft, dann ist das kein Programm zur Reduktion der Macht über den Einzelnen, sondern dann ist das die Perversion von Marktwirtschaft und eben keine liberale oder neoliberale Ordnung. Und deshalb muss die Aufgabe in der Ordnungspolitik sein, die Finanzen von Staat und Privat in Europa und darüber hinaus wieder so zu trennen, dass das marktwirtschaftliche Wettbewerbsprinzip die Macht reduziert.

Fairer Wettbewerb treibt Lösungen voran und Marktwirtschaft belohnt unternehmerisches Handeln, Möglichkeiten zu erkennen, anzupacken, zu investieren, Arbeit zu organisieren, sich im Wettbewerb durchzusetzen. Das ist das Prinzip der Marktwirtschaft. Da wird das alte durch das bessere ersetzt. Wir erleben Zeiten, in denen das politisch Gewünschte oft das technologisch Überlegene ersetzt. An wie vielen Stellen erleben wir eine Anmaßung des Wissens? Dass die Politik eingreift in das Wettbewerbsspiel von Wirtschaft und Gesellschaft, indem für einzelne Technologien Dauersubventionen gezahlt werden; indem gesellschaftliche Großprojekte auf den Weg gebracht werden, wie ein Klimaschutzplan, mit dem die Entwicklungen einzelner Sektoren, Branchen und Technologien bis zum Jahr 2050 geregelt werden sollen. Daraus leitet sich derzeit die Diskussion ab, ob wir im Jahr 2030 vielleicht komplett den Verbrennungsmotor verbieten sollten. Missverstehen Sie mich nicht, trotz meiner biografischen Eingangsbemerkung: Ich weiß nicht, ob der Verbrennungsmotor die Zukunft ist. Ich weiß allerdings auch nicht, ob die Elektrifizierung allein selig machend ist, erst recht nicht im Jahr 2030, in dem wir noch 40 Prozent unseres Stroms aus Kohle gewinnen werden. Durch eine solche Politik, die den technologischen Wettbewerb, den Ideenwettbewerb aushebelt, werden wir auf ein falsches Gleis gelenkt. Denn der marktwirtschaftliche Wettbewerb ist eben auch ein Entdeckungsverfahren für neue Lösungen, die zuvor noch keiner gesehen hat. Ein Einzelner kann dabei natürlich in die Irre laufen und scheitern, aber sie oder er kann auch Pionier einer neuen technologischen Revolution sein. Und deshalb gehört zu einem marktwirtschaftlichen Erneuerungsprogramm auch, die Weisheit der vielen Einzelnen zu verteidigen gegen die Einfältigkeit der Wenigen am grünen Tisch.

3. Weg

Mein dritter Gedanke: Die Konsequenz von Individualität ist eine vielfältige, eine bunte Gesellschaft mit völlig unterschiedlichen Lebenslagen. Für Liberale gilt das Wort des großen Philosophen Odo Marquard, der die bürgerliche Gesellschaft gekennzeichnet hat durch den Umstand, dass in ihr „angstfreies Andersseindürfen für alle gewährleistet“ sei. Wer dagegen vom Kollektiv her denkt, egal ob links oder rechts, der schaut mit Skepsis auf diese Buntheit und Vielfalt. Denn jede Form von

Kollektivismus, egal ob von links oder rechts, egal ob konservativ oder sozialistisch oder ökologistisch oder autoritär, geht von einer Homogenität der Gesellschaft oder mindestens einer Mehrheit der Gesellschaft aus.

Die Linke fordert die Homogenität der Gesellschaft eher in ökonomischer Hinsicht. Da wird der Begriff hinsichtlich der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Stellung gebracht. Da wird jeder Unterschied kritisch vermessen und zum Skandalon erklärt – auch in einem Land, das ein historisches und international beispielloses Niveau an Umverteilung erreicht hat. Ist aber diese Homogenität und Gleichheit ein Ziel, das man als Liberaler, der Lebenslaufsoveränität fordert, sich zu eigen machen kann?

Tatsächlich müssen doch Fleiß, Talent und Risikobereitschaft einen Unterschied machen dürfen. Wie wäre es umgekehrt, wenn Fleiß, Talent und Risikobereitschaft keinen Unterschied mehr machen dürfen? Wie grau, kalt und erstarrt wäre eine solche Gesellschaft? Vielfalt ist geradezu notwendig und legitim, solange kein stahlharter Status Quo besteht, sondern die individuelle Chance auf Veränderung. Deshalb das Plädoyer für Bildung, deshalb das Plädoyer für eine Ordnungspolitik, die fairen Wettbewerb auch für Außenseiter, Newcomer und Abweichler gewährleistet. Deshalb das Plädoyer für einen Sozialstaat, der im Zweifel immer fördert, wenn Menschen arbeiten und vorangehen, statt sie in seinen Systemen zu halten. Deshalb das Plädoyer für eine faire Balance zwischen Staat und Privat, damit Menschen individuell auch von den Ergebnissen ihrer Schaffenskraft so viel behalten können, dass sie sich Wohlstand erarbeiten können. Deshalb auch eine Politik, die auf Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand setzt. Wer die Verteilungsergebnisse einer Gesellschaft so verändern will, dass es auch denen besser geht, die heute nicht mit ihrem Leben zufrieden sein können - welches Angebot kann er machen, wenn nicht Wachstum? Den Menschen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sein können, kann man in einer Gesellschaft ohne wirtschaftliche Prosperität und Wachstum doch nur die Perspektive des Verdrängungswettbewerbs und harter Verteilungskämpfe bieten. In einer Gesellschaft, die prosperiert, in der Wachstum möglich ist, da gelingt es für den Einzelnen viel leichter, am wachsenden Wohlstand auch seinen eigenen Anteil durch Bildung und Einsatz zu vergrößern und deshalb ist eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik geradezu ein Gebot sozialer Verantwortung.

Auf der anderen Seite bewerten die Konservativen die Homogenität der Gesellschaft in einer kulturellen Hinsicht. Das zeigt die Debatte über Leitkultur, die auch vor Trivialitäten nicht haltmacht. Man gebe sich in Deutschland die Hand und Frau Merkel empfiehlt uns, das christliche Liedgut am Heiligen Abend zu pflegen. In einer offenen Gesellschaft muss es jedem Menschen freigestellt sein, so zu leben, wie er es für richtig hält, auch wenn dies den Traditionen der Mehrheitsgesellschaft widerspricht.

Wir respektieren jeden Menschen so wie er ist. Übrigens: Fortschritt braucht gerade die Abweichung von der Norm, denn oft genug wächst Innovation, wächst gesellschaftlicher Wandel von den Rändern. Deshalb sind Nischen für die legitime Entfaltung essentiell für eine liberale Ordnung. Das ist die Pointe des Grundgesetzes.

Nun wird eingewendet: Reicht denn diese Form eines Verfassungspatriotismus aus? Und oft genug wird dann der berühmte und große Staatsrechtslehrer Ernst-Wolfgang Böckenförde zitiert. Sie kennen sein Diktum, nach dem der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren kann. Und oft genug wird dieses Argument verwendet, um über die Hintertür doch eine Leitkulturdebatte zu führen. Die Liberalität des Grundgesetzes aus meiner liberalen Perspektive ist aber kein Relativismus des teilnahmslosen Nebeneinander, sondern aus der objektiven Wertordnung unserer Verfassung selbst sprechen Werte zu uns. Bei Liberalität und Toleranz kann es für niemanden Rabatt geben, weil die Werte des Grundgesetzes eben nicht verhandelbar sind. Sie markieren die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Schutz von Minderheiten, die sexuelle Identität, die Religionsfreiheit und natürlich vor allen Dingen die Würde und Freiheit eines jeden Einzelnen. Die Ordnung des Grundgesetzes ist offen für alle unter der Bedingung, dass man den Geist des Grundgesetzes auch mitträgt. Insbesondere ist Religion keine Ausrede für Rückschritt. Wir erwarten von religiösen Führern eine Absage, eine deutliche Absage an jegliche religiöse Begründung von Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zu Respekt und Toleranz gegenüber Anders- und Nichtgläubigen.

Ausschließlich auf dieser Grundlage kann sich eine freiheitliche Gesellschaft entfalten. Wir Liberale wollen keinen staatlichen Sittenwächter, der uns vorschreibt,

was moralisch gut und richtig ist. Der Staat ist auch keine Erziehungsanstalt. Aber eine freiheitliche Verfassung muss am Ende dann doch von Menschen mit freiheitlicher Gesinnung getragen werden. Eben dieser Verfassungspatriotismus ist kein nackter Legalismus wie in der Weimarer Republik, als eine liberale Verfassung, aber keine liberale Gesellschaft bestand.

Das, was diese Kultur der Freiheit, wie Udo di Fabio in seiner Rede gesagt hat, ausmacht, das sind die bürgerlichen Tugenden des Liberalismus und des Republikanismus. John Stuart Mill schrieb über die unverzichtbaren Voraussetzungen in Menschen, die Freiheit, die Rechtschaffenheit achten und ihre Kultur im eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hineintragen. Und deshalb glaube ich auch, dass die Antwort auf eine Leitkulturdebatte jenseits von Opernhaus, Sauerkraut und christlichen Liedern ein Katalog liberaler Bürgertugenden sein sollte, inspiriert vom Geist des Grundgesetzes. Diese liberalen Bürgertugenden erfordern Courage, im Alltag für liberale Werte und Prinzipien einzutreten, auch dann, wenn es einmal nicht bequem ist. Wenn dummes Zeug gesprochen wird und Pauschalurteile etwa über Muslime abgegeben werden, wer dort schweigt, stimmt zu.

Zu diesen liberalen Bürgertugenden gehört das Verantwortungsprinzip. In einer liberalen Gesellschaft kann man nicht alles, man darf auch nicht alles mit Gesetzen vorgeben. Eine Freiheit, die nicht von Einzelnen im Einzelfall missbraucht werden kann, ist keine Freiheit. Aber als sittliches Prinzip muss die Verantwortung gelten und Verantwortung ist kein leerer, nackter Begriff, sondern Verantwortung bedeutet, Gründe angeben zu können für die eigenen frei gefällten Entscheidungen. Gründe, die im gesellschaftlichen Diskurs, vor Gott oder der Vernunft standhalten. Es mag vielleicht eine legale Entscheidung gewesen sein, dass der VW-Konzern Herrn Winterkorn mit 3.000,00 Euro Pension pro Tag in den Ruhestand geschickt hat, nachdem er dieses Unternehmen vorher an den Rand des Ruins gebracht hat. Es mag legal gewesen sein, verantwortungsbewusst war es nicht.

Vernunft! Zu den Bürgertugenden gehört die Vernunft als kluger Gebrauch des eigenen Verstandes auch bei der kritischen Würdigung von Traditionen und Erfahrungen und natürlich die Toleranz als der besonnene Umgang mit schmerzhaften Differenzen. Das war kein abschließender Katalog, aber zumindest

Courage, Verantwortung, Vernunft und Toleranz sind die Antwort auf eine Leitkulturdebatte, die eben nicht offen ist für jeden kulturellen Hintergrund. Diese Bürgertugenden verweisen auf einen vielleicht ganz zentralen Umstand: Liberalität ist bisweilen unbequem und Liberalität ist eine Frage des Charakters. Eine freie Gesellschaft ist nie ruhig. Sie ist auch nie harmonisch, sondern sie ist immer konfliktbehaftet – das gilt auch für liberale Parteien. Immer konkurrieren Sinnentwürfe. Aber wo Differenzen im Dialog bearbeitet werden, im Parlament, vor Gericht, im Alltag, im gesellschaftlichen Gespräch, da wird der Dialog zum Motor und zur Voraussetzung gemeinsamen Fortschritts.

Der Soziologe Richard Florida hat 2002 exakt diesen Zusammenhang von Kultur, Kreativität und wirtschaftlichem Wachstum untersucht. Er interessierte sich in seiner Studie insbesondere für Berufsgruppen, die eine eigene kreative Leistung erbringen, also IT-Spezialisten, Architekten, Kulturschaffende, aber eben auch Bildungs- und Managementaufgaben. Florida konnte eins zeigen: dass Kreativität als Standortfaktor einen entscheidenden Beitrag auch zum ökonomischen Erfolg einer Stadt und einer Region hat. Und er sagt, drei „T“s müssten zusammenkommen: Technologie, Toleranz und Talent. Dann könne eine Region kreative Menschen anziehen und die Wirtschaft boomen. Technologie, Toleranz und Talent – wenn das nicht auch ein Programm für Deutschland wäre.

Diese Fragen der Liberalität stehen jeden Tag neu zur Abstimmung. In unserem persönlich politischen Umfeld im Alltag, aber natürlich auch in den Machtauseinandersetzungen, die es in westlichen Gesellschaften gibt. Diese Liberalität wird gefährdet durch die eigene Erschlaffung und Deformation ihrer Grundsätze. Sie wird genauso von außen angegriffen, von autoritären Gegnern unseres westlichen Lebensmodells, die beispielsweise in Präsidentschaftswahlkämpfe mit Hackerangriffen eingreifen, um unsere Gesellschaft zu destabilisieren. Diese Liberalität wird gefährdet durch autoritäre Bewegungen im Inneren unserer Gesellschaft, die an das Niedrigste im Menschen appellieren, nämlich Angst, Abschottung und Hass. Wir hatten zwei großartige Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich. Denn während in 2016 Wahlen genau mit diesem Konzept – Angst, Abschottung und Hass – gewonnen werden konnten, haben wir in diesem Jahr zwei Mal erlebt, dass Wahlen mit dem Gegenprogramm gewonnen

werden konnten –nämlich dem Appell, sich der eigenen Vernunft zu bedienen. Mit der Bereitschaft, an das Gute im Menschen zu glauben, der Offenheit für neue Entwicklungen in der Welt, dem Streben nach Toleranz und der Bereitschaft zur Veränderung. Was ein Signal der Hoffnung, das wir in Den Haag und in Paris gesehen haben. Es ist aber kein Grund zu Beruhigung. Denn in Frankreich war ein Drittel anderer Auffassung und auch bei uns ist die Gefahr nicht gebannt, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse umkehren können. Die Vereinigten Staaten haben gezeigt, wie schnell das geht.

Der Einsatz für Liberalität ist deshalb aktueller denn je und es ist kein Auftrag allein an die Parteien der Liberalität und der Freiheit. Dieses Konzept, das ich Ihnen vorgestellt habe, stellt den Einzelnen und seine Lebenschance ins Zentrum. Zugleich ist damit die Verantwortung eines jeden Einzelnen zur Verteidigung dieser freiheitlichen Ordnung beschrieben. Wenn sich Deutschland begreift als eine Zuschauerdemokratie, wenn parteipolitische Neutralität zu einer Attitüde wird, dann gibt es zu Wenige, die sich für die Idee der Freiheit einsetzen. In diesen Zeiten ist parteipolitische Neutralität ein Luxus, den sich niemand mehr von Ihnen leisten kann.